



JAMES RETALLACK

Das rote Sachsen.  
Wahlen, Wahlrecht und politische Kultur im  
Deutschen Kaiserreich  
(aus dem Englischen von Manuela Thurner)

Leipziger Universitätsverlag | Leipzig 2023  
904 Seiten, Broschur | 98,00 €  
ISBN 978-3-96023-472-2

rezensiert von

KARSTEN RUDOLPH, Bochum

James Retallack, der als Emeritus an der Universität Toronto lehrt, ist einer der besten Kenner der Geschichte des Deutschen Kaiserreichs und der wohl bedeutendste Spezialist für die Geschichte des Königreichs Sachsen. Falls jemand auf die Idee kommen sollte, unter den angelsächsischen Historikern allein mit Christopher Clark die deutsche Geschichte zwischen 1848 und 1918 zu ergründen, dann muss ihm dringend Retallack empfohlen werden, um den falschen Eindruck zu vermeiden, dass das Kaiserreich quasi allein aus Preußen bestand. Mit dem »roten Sachsen« hat der Kanadier nun sein Opus magnum vorgelegt, dass seine jahrzehntelange Auseinandersetzung mit dem »wechselseitigen Verhältnis von politischer Modernisierung und Autoritarismus in Deutschland« (S. 3) mit einer ebenso materialreichen wie methodisch geschickt angelegten Großstudie krönt.

Eines der beiden Zitate, die Retallack seiner Einleitung voranstellt, ist ein Aperçu des britischen Dramatiker Tom Stoppard, das in dessen Stück »Jumpers« fällt: »It's not the voting that's democracy, it's the counting« (zit. nach S. 1). Damit ist der rote Faden benannt, der sich durch die 836 Seiten der Darstellung hindurchzieht, nämlich der Kampf um das sächsische Wahlrecht – ein Konflikt, der die politische Kultur Sachsens prägte wie kein anderer politischer Konflikt, der das Parteiensystem formte, gesellschaftliche Fronten zog, außerparlamentarische Bewegungen antrieb, gouvernementale Kräfte mobilisierte, aber auch über die Landesgrenzen hinaus Aufsehen erregte und zur Nachahmung anregte. Denn spätestens der »Wahlrechtsraub« von 1896 – die Ablösung der in Sachsen 1868 eingeführten (und für die Sozialdemokratie besonders günstigen) relativen Mehrheitswahl durch ein Dreiklassenwahlrecht nach preußischem Modell – zeigte, dass der Demokratisierungsprozess in Deutschland keineswegs kontinuierlich verlief oder gar unaufhaltsam war. Tatsächlich fielen die politische Partizipation und die Durchsetzung demokratischer Rechte weit auseinander, oder – wie Retallack einleuchtend darlegt – die soziale Demokratisierung der deutschen Gesellschaft war das eine, die politische Demokratisierung das andere. Erst die Revolution von 1918/19, die dem Kaiserreich und dem Königreich Sachsen

gleichermaßen ein Ende bereitete, sorgte für die Durchsetzung der politischen Demokratie in Deutschland.

Retallack gliedert seinen Stoff in drei große Abschnitte und 14 Kapitel. Im ersten Teil, der die Ankunft und Eingliederung Sachsens in das »Bismarckreich« umfasst, wird deutlich, warum die Übertragung der Herrschaftsmittel des preußisch-deutschen Reichskanzlers auf den sächsischen Fall nicht greifen konnte. Weder mit Zuckerbrot noch Peitsche, weder mit Sozialgesetzen noch mit Sozialistengesetzen ließ sich nachhaltig Wirkung erzielen. Deswegen arbeiteten die Verteidiger des Obrigkeitsstaates nach Bismarcks Ausscheiden aus der Politik mit einem neuen Mittel: Die populistische Mobilisierung antisemitischer Ressentiments sollte die Ergebnisse an der Wahlurne zugunsten der Konservativen umkehren. Retallack arbeitet detailliert heraus, dass die sächsischen Konservativen den radikalen Antisemitismus keineswegs von rassistischen Splittergruppen adaptieren oder »zivilisieren« mussten, denn er war in ihren eigenen Kreisen weit verbreitet, so dass er nur entfesselt und angefeuert werden musste. Wahlstrategisch betrachtet ging es darum, ob eher die »Umsturzpartei« der Sozialdemokraten oder die konservativen »Ordnungsparteien« den Mittelstand erobern würden. Letztlich schien aber der Staatsstreich von oben qua Wahlrechtsreform das sicherste Mittel zu sein, wie Retallack im zweiten Teil der Studie unter der Überschrift »Krisenzeiten« erläutert. König Albert, die Staatsverwaltung und das Bürgertum nutzten das »sächsische Juwel«, das restriktive Vereins- und Versammlungsgesetz von 1850, um unter dem Deckmantel eines vermeintlichen Notstands derart hart gegen die Arbeiterbewegung vorzugehen, dass selbst Kaiser Wilhelm II. von den sächsischen Gewaltmaßnahmen entzückt war und sie für das ganze Reich empfahl. Das »Ordnungskartell« stand – und es brauchte dazu in Sachsen nicht des aristokratischen Großgrundbesitzes, weil hier das liberale Bürgertum bei der politischen Verfolgung der Sozialdemokratie mit von der Partie war.

Es ist ein großer Vorzug von Retallacks Studie, dass sie nicht nur die innerdeutschen Verhältnisse betrachtet, sondern auch deren transnationale Einbettung analysiert. Denn natürlich stellte sich die Wahlrechtsfrage auch in anderen europäischen Ländern und in Nordamerika. Doch es waren vor allem die Wahlrechtsreformen in den Nachbarländern Österreich und Belgien, die das Interesse in Deutschland weckten und für die Erarbeitung mancher Wahlgesetze Pate standen. Es war der signifikante Unterschied des Abschneidens der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen einerseits und den sächsischen Landtagswahlen andererseits – eine schreiende Ungerechtigkeit –, der die Arbeiter auf die Straße brachte und die Wahlrechtsbewegung anschwellen und nicht müde werden ließ. Es lag deswegen auf der Hand, dass die »Wahlrechtskrise« irgendwie beigelegt werden musste.

»Berechnungen«, so überschreibt Retallack den dritten Teil seines Buches, denn im frühen 20. Jahrhundert ging es den Gegnern der Demokratisierung jetzt um eine Wahlrechtsreform, die zwar die Empörung über den »Wahlrechtsraub« eindämmen sollte, ohne aber die Sozialdemokratie zum Wahlsieger zu machen. Dies sollte mit dem 1909 eingeführten Pluralwahlrecht bewerkstelligt werden, das vermögenden und höher gebildeten Männern bis zu drei Zusatzstimmen zubilligte. Das Ergebnis ließ sich sehen: Sieger der Landtagswahlen im Herbst 1909 waren die liberalen Parteien. Die Sozialdemokraten erzielten zwar mit 25 Mandaten ihren bis dahin größten Erfolg, blieben aber von einer Kammermehrheit weit entfernt. Nach dem Dreiklassenwahlrecht von 1896 hätten sie keine Handvoll Mandate errungen, nach dem Wahlrecht von 1868 hingegen 80 von 91, nach dem Reichstagswahlrecht immerhin 48 Mandate.

Trotz aller Kritik sowohl von der konservativen Rechten als auch seitens der Sozialdemokratie an dem geschickt gestrickten Pluralwahlrecht und einer manipulativen Wahlkreisgeometrie – für ein sozialdemokratisches Mandat waren über 13.000 Stimmen erforderlich, für ein bürgerliches nur 4.500 Stimmen – kam es in Sachsen erst im Oktober 1918 zu verspäteten Versuchen, die sich unübersehbar aufbauende soziale Protestbewegung über konkretere Vorstöße in Richtung auf eine parlamentarische Regierungsreform und die Gewährung eines gleichen und freien Wahlrechts einzufangen. Die von den Sozialdemokraten verlangte »ehrliche Demokratie« (S. 794) kam jedoch nicht mehr aus den Händen der Dresdner Staatsregierung, sondern mit den Arbeiter- und Soldatenräten der Revolution. Schon bald sollte sich freilich zeigen, dass mit dem neuen Wahlrecht der Republik die politische (Un-)Kultur des Kaiserreichs keineswegs überwunden war.

Wer etwas über die sächsische Geschichte lernen möchte, kann mittlerweile auf zahlreiche solide Darstellungen und eine Vielzahl glänzender Spezialstudien zurückgreifen. Wer jedoch die sächsische Regionalgeschichte als Sonde zum Verständnis des Deutschen Kaiserreichs einsetzen möchte, der kommt um das inspirierende Buch Retallacks nicht herum. Erst damit wird wiederum verständlich, warum Sachsen zur Hochburg sowohl der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung als auch des Antisemitismus, zum Pionierland der industriellen Revolution wie zum »Probierland« reaktionärer Eliten werden konnte. Und wer in der kontroversen Debatte um den politischen Charakter des Kaiserreichs mitreden möchte, wird erst recht zu diesem Buch greifen müssen – und dabei feststellen, dass es sich weder dem einen noch dem anderen Lager umstandslos zurechnen lässt.

#### Zitierempfehlung

Karsten Rudolph, Rezension zu: James Retallack, Das rote Sachsen. Wahlen, Wahlrecht und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82048.pdf>> [27.1.2025].